

Ä7 Ungeteilte Internationale Solidarität – Für einen gerechten Frieden in Palästina und Israel

Antragsteller*in: Landesvorstand

Beschlussdatum: 16.02.2026

Änderungsantrag zu A11

Von Zeile 66 bis 73:

Wir stellen uns ausdrücklich gegen die Gleichsetzung von Antisemitismus mit Kritik an der israelischen Regierung, auch systemische und solche, die über das Staatshandeln seit 2023 hinaus geht. Während Antisemitismus durchaus einer der Gründe für solche Kritik sein kann, ist es eine falsche Schlussfolgerung, diese Phänomene kategorisch als gleich zu betrachten. Eine solche Positionen, die jüdischer Selbstbestimmung grundsätzlich die Legitimität absprechen oder Israel als Staat per se delegitimieren, lehnen wir ab. Die Pauschalisierung einesdieses komplexen und kontrastreichen Diskurses durch eine solche Gleichsetzung verzerrt die Realität. Palästinenser*innen sowie palästinasolidarische Menschen werden zu oft kategorisch unter Generalverdacht gestellt. Ihnen wird somit die Legitimation ihrer Argumente auf unsachliche Weise entzogen.